Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 56 (1973)

Heft: 6

Artikel: Aus Joseph Eglis Dokumentation : (VIII) [Teil 7]

Autor: J.St.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-412089

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

genheit und an die Geldmächte, zu denen man ja selbst gehört, scheinen uns bei den massgebenden Führern der Kirche im Vatikan und ausserhalb zu stark, als dass ein derartiges schwarzrotes Zusammenwirken mehr als eine Illusion sein könnte. Walter Gyssling

Que m'importe!

Wenn ich die Ergebnisse der Abstimmung über die Aufhebung des Jesuiten- und Klostergründungsverbotes betrachte, so kommt mir Rousseaus Ausspruch in den Sinn: «Lorsqu'un citoyen dit: 'Que m'importe!' l'état est perdu». Nicht einmal ganz zwei Fünftel der Stimmberechtigten haben Stellung zur Vorlage genommen, ein gutes Fünftel dafür, ein schwaches Fünftel dagegen. Und die übrigen dachten: Que m'importe, was geht's mich an!

Das ist kein gutes Zeichen für den Wert und die Kraft unserer demokratischen Ordnung! Selbst wenn man bedenkt, dass die Frauen erst vor kurzem das Stimmrecht erhalten haben und noch nicht recht gewohnt sind, es auch auszuüben. Nur zwei Fünftel fanden den Weg zur Urne. Ist das nicht bedenklich?

Bundesrat Tschudi meinte, das Abstimmungsergebnis sei ein Sieg der Toleranz und ein Bekenntnis des Volkes zu den Grundsätzen unseres Rechtstaates. Das tönt gut. Wenn das ein Bundesrat sagt, kann man ruhig schlafen. Aber es ist falsch! Nur ein Fünftel bekannte sich zu dem, was Bundesrat Tschudi «die Grundsätze unseres Rechtstaates» nennt, ein Fünftel dagegen — und drei Fünftel kümmerten sich keinen Deut darum.

Die alten Griechen nannten einen Bürger, der sich nicht mit Politik, mit dem öffentlichen Wohl befasste, einen «Idioten», das damals wohl den Sinn von Eigenbrötler hatte. Sie wussten genau, dass eine Demokratie nur lebt und bestehen kann, solange sich alle Bürger ihrer annehmen. Aber wenn die Idioten sagen: Que m'importe? Ich mache mir Sorgen um unsere Demokratie!

Die Abstimmung ist herausgekommen, wie ich es gehofft hatte. Es gibt kein Sonderverbot mehr für die Jesuiten, die ja gewiss nicht gefährlicher sind als andere katholische Orden oder das Opus Dei, die nie verboten waren. Aber mich freut auch die starke Minderheit der Neinsager, sie sollte dem politi-

schen Katholizismus eine Warnung sein, nun neben dem Weggli nicht auch noch den Fünfer zu begehren. Im Gegenteil: man konnte die Meinung hören und lesen, es wäre nun an der Zeit, wenn das Bekenntnis der Mehrheit zur Toleranz von den Katholiken etwa mit der Auflösung der bundesverfassungswidrigen konfessionellen Schulen in den Kantonen Freiburg, Wallis und St. Gallen quittiert würde. Ist das schon zuviel verlangt?

Zweifellos haben die Neinsager hinter den Jesuiten den politischen Katholizismus gesehen, dem galt ihr Kampf. Wird nun nach diesem «Sieg» die konfessionelle Politik der Christlichen Volkspartei — einst hiess sie Katholisch-konservative Partei — Auftrieb bekommen?

Als Atheist könnte ich zwar sagen: Que m'importe! Sollen sich die Christen gegenseitig bekriegen, was geht's mich an. Aber ich weiss zu gut, dass man die Idioten am leichtesten gängeln und zu allem missbrauchen kann. Und deshalb mache ich mir Sorgen.

Ferdinand Richtscheit

Aus Joseph Eglis Dokumentation (VIII)

Das Folgende hat sich nicht im schwärzesten Mittelalter, sondern im Februar 1942 zugetragen.

Da schrieb der katholische Pfarrer eines Dörfchens im Berner Jura ein nettes Brieflein an das Pfarrkind XY, er hätte gehört, es gedenke zu heiraten, ohne die Kirche dafür zu bemühen oder ähnlich. Leider können aus dem bemerkenswert netten Brieflein des toleranten Seelsorgers aus Platzgründen nur einige besonders liebevolle Stellen veröffentlicht werden:

«Bei Ihrer grossen Unwissenheit und Gleichgültigkeit in religiösen Dingen kann man mit Grund das Schlimmste vermuten, entweder dass Sie bloss zivil oder gar protestantisch heiraten oder schon geheiratet haben.»

«Ich sehe mich daher gezwungen, (...) Sie aufs schärfste zu warnen vor der Eingehung oder dem Verbleiben in einer Ehe, welche nicht einmal auf die selbstverständlichsten Gebote, Gesetze und Vorschriften Gottes und der katholischen Kirche Rücksicht nimmt (...). Reicht Ihr Verstand und Ihr religiöses Wissen nicht so weit, um beurteilen zu können, dass kein Mensch, vor allem kein Katholik, die Geschlechtslust, die Geschlechtsglieder und -organe und den ehelichen Umgang und Verkehr nicht eher geniessen und sich verschaffen darf (man beachte das vorbildliche Deutsch. J. St.), bis er . . . usw. usw.».

«Jeder Gebrauch des Geschlechtsverkehrs (wiederum das Deutsch!) ohne göttliche Erlaubnis, ist (...) schwere Sünde (...), der sicherste und kürzeste Weg zu unzählig vielen Todsünden und zur Hölle!»

Und so weiter in der gleichen menschenfreundlichen Tonart eines religiösen Fanatikers, von dem wir zum Glück wissen, dass er nicht die Regel bildet. Die Berner Tagwacht vom 6. Februar 1942, der wir diese erbauliche Lektüre entnehmen, ist um einen ebenso aggressiven Kommentar nicht verlegen; wörtlich: «Die dermassen unverschämt beschimpfte Frau liess sich nicht einschüchtern; vermutlich denkt sie wie wir, dass wenn der nichtsakramentale Geschlechtsverkehr in die Hölle führt, sie dort Päpste, Bischöfe und Pfarrer in Masse hübsch beisammen vorfinden wird».

Das alles wirbelte natürlich Staub auf. Der Regierungsrat des Kantons Bern nahm in der Presse offiziell Stellung dazu. Er forderte die bischöfliche Kanzlei zur Berichterstattung auf. Diese lehnte denn auch die Art und Weise, wie Pfarrer X seiner pastorellen Pflicht nachzukommen versuchte, ab, und erteilte ihm einen ernsten Verweis mit dem dringenden Gesuch, «in Zukunft pastorell klüger beim heiklen Kapitel der Mischehen vorzugehen.»

Der Regierungsrat nahm davon Kenntnis und beauftragte die Kirchendirektion, dem Pfarrer X zu eröffnen, sie verurteile Ton und Inhalt seines Briefes aufs schärfste, weil darin eine Herabwürdigung der protestantischen Konfession und eine Störung des konfessionellen Friedens erblickt werden müsse.

Nun, der streitbare Pfarrherr sprach sein grosses Bedauern über den Vorfall aus und unterzog sich dem ihm erteilten Verweis der Kirchenbehörde. Zu diesem «pastoral klüger» kommentierte am 24. Februar die Tagwacht: «die katholische Kirchenbehörde verurteilt also nicht die Einmischung des katholischen Pfarrers in eine protestantische

Ehe, sondern nur die Form, in der dies geschehen war. Wenn es «klüger» gemacht wird, sind protestantische Ehen, das heisst Ehen zwischen einem Protestanten und einer Katholikin, nach wie vor der Schnüffelei und der Nadelspitzpolitik katholischer Pfarrer ausgesetzt. Diese Tatsache wird von der katholischen Presse noch unterstrichen, so zum Beispiel schreibt die «Ostschweiz», sie verurteile die Form des Briefes von Pfarrer X, dass er aber «berechtigt und verpflichtet» war, ein Pfarrkind auf die Folgen einer solchen Ehe aufmerksam zu machen, könne gar nicht bezweifelt werden».

Dazu die Berner Tagwacht: «Nur die Form wird geändert, verfeinert, materiell aber ändert nichts».

Der Handel hatte noch ein kleines Nachhutsgefecht im Berner Grossen Rat zur Folge. Grosso modo zusammengefasst: gegen die Mischehe haben sich auch die bernische und die waadtländische reformierte Synode und der christkatholische Bischof ausgesprochen. Mischehen sind oft die Quelle von Familienzwist. Rein objektiv hat Pfarrer X den religiösen Frieden nicht verletzt. Es gibt nichts gefährlicheres als den konfessionellen Hader. Das Kapitel der Mischehen beschäftigt sowohl die katholische wie die protestantische Kirche. Beide haben das Recht, ihre Vorbehalte zu machen.

Und der Interpellant erklärte sich als befriedigt.

Ein ähnlicher Wirbel erfolgte im gleichen Jahr. Da musste ein katholischer Pfarrer in der Ostschweiz über die Klinge springen, weil er unter einem Pseudonym ein Pamphlet von sich gab, das auch von tolerantgesinnten katholischen Bürgern abgelehnt wurde. Diesem Pamphlet ist u. a. zu entnehmen: «Bruder Klaus (...) ist ein lebendiger Protest gegen den teuflischen Protestantismus». - Zwingli wird als Hurenbub, Landesverräter und Revolutionär abgetan. — «Der Protestantismus ist ein Werk des Teufels, allerdings durch Gottes Zulassung eine wohlverdiente Zuchtrute für die Katholiken».

«Jeder Konvertit gesteht nach Bekehrung, er könne nicht begreifen, wie er jahrelang den protestantischen Blödsinn glauben konnte».

«Man kann im Schweizerlande nichts Besseres tun, als beten, dass die Pest des Antichristlichen (!) Protestantismus (...) recht bald verschwindet».

«Gott hat ihn (Zwingli) gerichtet, der Teufel hat ihn geholt.»

Und so weiter und so weiter.

Es genügt zur Feststellung: der Protestantismus stört den konfessionellen Frieden. Für einmal sind es nicht wir Freidenker.

J. St.

Was unsere Leser schreiben

Religion in der Sowjetunion und bei uns

zu «Moskaus Pharisäer» von Dr. Otto Wolfgang.

«Religion ist die Wiederspiegelung einer Unterdrückung, die ein Gefühl von Angst und Unsicherheit erzeugt, nur wenn diese Voraussetzung aufhört, kann die Notwendigkeit absterben, Hilfe im Himmel zu suchen.»

«Grundlegende Rechte und individuelle Freiheit werden niedergetrampelt, und Kritik ist nicht erlaubt, daher fühlt sich niemand sicher, dass nicht eines Nachts die Geheimpolizei klopfen könnte. Dies ist ein idealer Boden für das Wachstum religiöser, ja sogar messianischer Hoffnungen.»

Bei diesen Darlegungen Otto Wolfgangs muss der kritische Leser auf Widersprüche stossen. Die Frage drängt sich auf: Was müssen Italien, Bundesrepublik Deutschland, die Frankreich, Oesterreich und Schweiz für Unrechtstaaten sein, da in diesen Ländern die überwiegende Mehrheit der Bewohner gläubig bis stark gläubig ist? Trotz der in diesen Staaten herrschenden Freiheit ist die Religion noch stark verbreitet. Daraus folgt, dass die Religion nicht nur in einem Unrechtstaat entstehen kann.

In der Sowjetunion werde die Freiheit zertrampelt. Bei uns wird nicht die Freiheit, sondern der Sinn des Lebens zertrampelt durch das Profit- und Geldsackdenken der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aus diesem Grunde flüchten viele Jugendliche entweder in religiöse Sekten oder in politisch extreme Gruppen.

Dass der Atheismus in der Sowjetunion von oben diktiert wird, ist nach meiner Ansicht vollkommen richtig. In der UdSSR herrscht eine Diktatur der Kommunistischen Partei. Was die Kommunisten falsch gemacht haben und noch machen, ist mit Recht anzuprangern. Aber wenn sie in bezug auf die Religion etwas Druck auf die öffentliche Meinung gelegt haben, so freut mich das als Freidenker sehr. Die grosse Mehrheit des Sowjetvolkes denkt heute religionsfrei - ist das nicht ein Fortschritt in unserm Sinne? Ich sehe nicht ein, dass bei uns die Kirche über ihre Schäfchen herrschen darf, aber im Osten der Druck des Staates kritisiert wird. Ein gewisser Zwang für eine gute Sache ist nach meiner Ansicht berechtigt.

Auch ich stehe für die Freiheit ein, vergesse aber nie zu fragen: Freiheit für wen? In unserer heutigen wie in früheren Gesellschaftsordnungen herrscht eine Schicht von Mächtigen, in der Schweiz sowohl wie in den USA oder auch in der Sowjetunion. Diese herrschenden Schichten bestimmen den Kurs ihres Landes. Bei uns sind es die sogenannt christlichen Parteien, die den Ton angeben. Die Folgen haben wir tagtäglich vor Augen: neue Kirchenbauten spriessen aus dem Boden, dafür fehlen uns Spitäler, Schulen und Kindergärten. Im bösen Russland werden keine Kirchen mehr errichtet, statt dessen entstehen die bei uns noch fehlenden Bauten.

Ohne strikte Trennung von Staat und Kirche, von Schule und Kirche, ohne einen gewissen Zwang wird es niemals eine freidenkende Menschheit geben. Wenn die Religion ein von Furcht erzeugtes Hirngespinst ist, dann wird man sie nicht mit schönen Worten aus den Hirnen vertreiben können. Nur intensive atheistische Schulung der Kinder kann da helfen. Und genau das geschieht in der Sowjetunion und in China. Nötig ist ein vom Staat unterstütztes wissenschaftlich begründetes Schulsystem ohne Religionsunterricht.

Beitrittserklärung	Bei	tritts	erkl	lärung
--------------------	-----	--------	------	--------

ı	-liarmi	t orkl	ärai	ch m	ainan	Rait	ritt zur	Frain	eistiaer	Vara	iniauna	dars	chwa	;-
- [nieriiii	Lerki	areı	cn m	einen	ben	rittzur	rreio	eistider	ı vere	ınıauna	aerə	cnwe	17

Name:

Adresse:

Zu senden an: Geschäftsstelle der FVS, Langgrütstrasse 29, 8047 Zürich